Heuchelei und Lüge um Kontakte

gedanken

Die westdeutschen Burschenschaften wünschen eine „gemeinsame" Wartburg-Feier 1967. So beschlossen Anfang Januar auf ihrer Arbeitstagung in Westberlin (sic!). Was könnten wir aus Anlaß des 150. Jahrestages des Wartburg-Festes mit Korps-Studenten „Gemeinsames" feiern? Etwa den Verrat an den demokratischen Traditionen der Burschenschaften des Jahres 1817? Die Verkehrung der wahrhaft nationalen Forderungen von damals, die sich gerade in der Anerkennung des Rechts aller Völker, z. B. des polnischen, auf Souveränität und Nation manifestierten, in den Chauvinismus der heutigen Studentenkorps, die weder Alto Adige noch die Oder-Neiße-Grenze anerkennen?

Nun ist es bei diesen reaktionären Vortrupps des Bonner Revanchismus nicht schwer, festzustellen, daß es zwischen uns und ihnen keine Gemeinsamkeiten gibt, also auch keine „gemeinsame" Wartburg-Feier. Aber ihre Unverfrorenheit ist nur ein Teil einer großangelegten staatlich geförderten allgemeinen Aktivität der verschiedensten Organisationen und Institutionen, die plötzlich ihr Herz für „gesamtdeutsche Kontakte" entdeckt haben. Akademiepräsident Prof. Hardtke mußte Anfang des Jahres schon gegen die Heuchelei des berüchtigten Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" Protest einlegen; vor einigen Tagen versuchte der Bundestag, unserem sozialistischen Staat sein Recht, für ganz Deutschland zu sprechen, mit 30 Millionen für die Dresdner Oper abzukaufen . . . – die Beispiele häufen sich.

Nicht immer aber fällt es so leicht wie hier, die „Kontakt"-Versuche als das zu erkennen, was sie sind: Versuche, unsere Republik von innen aufzuweichen; Versuche, die revanchistische und aggressive Alleinvertretungspolitik der Monopolkoalition unter Strauß-Kiesinger zu tarnen; Versuche, die Frontlinie, die zwischen den Verfechtern der formierten Notstandsgesellschaft, einer Atomwaffenpolitik und der Alleinvertretung einerseits und der DDR samt der demokratischen Opposition Westdeutschlands andererseits verläuft, zu verwischen, sie zwischen SED und DDR-Bevölkerung inklusive Wissenschaftler zu transponieren. Etwa nach dem Motto: Wir verstehen uns ja so gut mit euch – nur eure bösen Politiker. . . .

Unsere Feinde werfen uns als Todsünde vor, daß wir auch bei wissenschaftlichen Beziehungen nicht von politischen Konsequenzen abstrahieren und uns dementsprechend zu solchen Beziehungen verhalten. Darin verbergen sich zwei Lügen.

Die erste behauptet, Wissenschaft könne unpolitisch sein. In Wahrheit dient jeder Vertreter der ins staatsmonopolistische Herrschaftssystem integrierten Wissenschaft eben der Erhaltung und Festigung dieses Herrschaftssystems, unabhängig von seinem subjektiven Wollen. Es gibt keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die der Monopolstaat nicht für sich ausnutzen könnte, auszunutzen versucht und tatsächlich ausnutzt.

Die zweite Lüge unterstellt, Bonn würde auf die bewußte politische Ausnutzung der Wissenschaft und der Wissenschaftler verzichten. Ohne auf die Kernforschungsanstalten Karlsruhe und Jülich, die Osteuropa-Institute und Lehrstühle für Entwicklungspolitik hier nochmals näher einzugehen – man betrachte genau folgenden Satz aus dem Westberliner „Telegraf" nach 100 Zeilen Jammern über nicht ausreichende wissenschaftliche Kontakte mit der Sowjetunion:

> Wenn die Sowjetunion stillschweigend die Einbeziehung West-Berlins in den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch akzeptieren würde, wäre viel gewonnen.

Kontakte ja – unter der Vorbedingung und in der derzeit eingeschränkten Form mit dem Ziel, daß die Sowjetunion ihren politischen Standpunkt zugunsten Bonns Alleinvertretung aufgibt!! Deutlicher geht's nimmer.

Eine zusätzliche Warnung für alle, die uns nicht glauben wollen, kann höchstens noch untenstehende Meldung sein, die beweist, daß Bonn keineswegs an Kontakten schlechthin, vielmehr nur an Kontakten, die ihm Nutzen – politischen Nutzen! – versprechen, interessiert ist.

Rolf Möbius

Die Sozialdemokratie stand am Scheideweg

fakten

Noch vor gut einem halben Jahr habe unsere Partei von Zusam[menar]beit und Versöhnung von SED und SPD gesprochen, habe sie [von] gemeinsame Verantwortung für die Sicherung des Friedens und [der] Zukunft Deutschlands in den Vordergrund gerückt und trotz [der] Meinungsverschiedenheiten einen Verständigungsfrieden für möglich gehalten.

Es wird gefragt, wieso es angesichts dessen gerechtfertigt sei, [davon] zu sprechen, daß uns alles vom imperialistischen Westdeutschland trenne, „gesamtdeutsche" Illusionen überwunden werden müssen und den Führern der westdeutschen Sozialdemokratie das Recht zusprechen sei, im Namen „Deutschlands" aufzutreten.

Im Grunde genommen ist die Antwort bereits in jenem [der] Offenen Brief an die westdeutsche Sozialdemokratie vom 11. Feb[ruar] 1966 enthalten, in dem es heißt: „Die SPD steht am Scheideweg. Mit der Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU wird sie niemals [die] Mehrheit gewinnen, ja nicht einmal entscheidenden Einfluß in [der] Regierung der Bundesrepublik erreichen . . . Einflußreiche ultrar[eaktionäre] Kreise der CDU/CSU versuchen, die Erhard-Regierung noch [...]

> **Talleyrand (1754–1838) zur großen Koalition**
>
> **Auf dem Totenbett wurde Talleyrand gefragt, wie er es geschafft habe, alle seine Gegner zu Fall zu bringen. „Ich habe meinen möglichen Nachfolgern einträgliche Posten verschafft, auf denen sie Maßnahmen durchführen mußten, die sie ihre Anhänger gekostet haben."**

zur ‚starken Regierung' zu erweitern und sie gleichzeitig durch [...] sozialdemokratische Konzessionsschulzen dem Volk gegenüber [...] tarnen." Wenn die SPD den Weg zur Verständigung mit der [...] beschritte, so formulierte es dieser Brief, „dann wäre die [...] Entwicklung der deutschen Frage auf einen guten Weg gebracht.

Doch die sozialdemokratischen Führer haben mit ihrem Behar[ren] auf der politischen Linie der CDU einschließlich des anmaßen[den] Alleinvertretungsanspruches am Scheideweg die andere Richtung gewählt und sich damit für ein imperialistisches Deutschland entschieden. Dem Schritt in den Notstandsbunker folgte schließlich [der] Eintritt in die Strauß-Kiesinger-Regierung, in der sie heute [die] prophezeite Rolle spielen. Jetzt ist das eingetreten, wovor der [...] warnte. . . . Wenn die SPD weiter die Deutschlandpolitik der [...] CSU betreibt, dann wird sogar jeder Ausweg aus der Sackgasse [zu]mauert" und: „Gelingt das Werk einer Verständigung zwischen [CDU] und SPD nicht, dann müßten die Gefahren für den Frieden in Deu[tsch]land und Europa weiter wachsen."

Die Politik der sozialdemokratischen Führer ist zum Vasallendienst in einer CDU/CSU-Regierung abgesunken, die nicht das Recht für Westdeutschland, geschweige denn für Deutschland zu sprechen. Das ist die Sackgasse. Alles trennt uns. Alles weitere Schicksal hängt in noch höherem Maße davon ab, wie wir es verstehen, die sozialistische DDR allseitig zu stärken, das gesellschaftliche System des Sozialismus zu vervollkommnen.

antworten

Jahrelanges Bitten nützte nichts

Erstmals haben Mitte Januar zwei Studenten der Hamburger Universität mit Sitz und Stimme an einer Fakultätssitzung teilgenommen. Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät stimmte als erste einem Mitspracherecht der Studentenschaft in deren eigenen Angelegenheiten zu. Seit Jahren verlangen das die Hamburger Studenten. Erst kürzlich hatte der Kampf durch den Protest-Auszug der beiden AStA-Vorsitzenden aus einer Sitzung des Akademischen Senats einen Höhepunkt erreicht. Beachtenswert ist die Tatsache, daß jahrelange Forderungen nicht erreichten, was jetzt mit energischem Auftreten und dem Verweis auf Westberlins „Freie" Universität ermöglicht wurde.

Keine Kontakte mit Prof. Kaul

Eine Veranstaltung an der Universität Tübingen mit Prof. Dr. Kaul zum Thema „Quo vadis Germania?" konnte nicht stattfinden, weil das Rektorat auf Anweisung des Landeskultusministeriums keinen Raum zur Verfügung stellte. Zahlreiche Studenten protestierten energisch dagegen, daß das Kontaktgefasel der Strauß-Kiesinger-Regierung offenbar nur dann ernst zu nehmen ist, wenn sie sich davon eine Unterstützung ihrer antikommunistischen Politik erhofft.

Einmaleins des Klassenkampfes

In Brechts Gedicht „Lied vom Klassenfeind" sagt der Dichter: „Und was immer ich auch noch lerne, / das bleibt das Einmaleins: / Nichts habe ich jemals gemeinsam / mit der Sache des Klassenfeinds." Dieses Einmaleins der Klasse, ein zielgerichteter Kampf in Wort und Tat für die Interessen der Arbeiterklasse, liegt dem Brief der drei FDJ-Studenten an die Kreisdelegiertenkonferenz der FDJ zugrunde.

Wir Studenten der Karl-Marx-Universität haben unseren Studienauftrag aus den Händen dieser Klasse empfangen und werden nach Abschluß des Studiums mit unserer wissenschaftlichen Arbeit das Werk der Väter – den Sozialismus für ganz Deutschland – weiterführen. Wir als Studenten der Kulturwissenschaft wissen, daß der kulturelle Fortschritt nur in einer solchen Gesellschaftsordnung wirksam werden kann, in der die Interessen des Individuums und der Gesellschaft übereinstimmen. Auf Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse haben wir diese Einheit – erstmalig in der deutschen Geschichte! – in unserer DDR erreicht; in Westdeutschland dagegen beweist die Klasse der Monopolbourgeoisie täglich aufs neue ihre historische Unfähigkeit, solche kulturellen Werte und Werke zu schaffen, die die objektiven Zusammenhänge in Natur und Gesellschaft widerspiegeln. Kann es also eine Einheit, ein freundschaftliches Duzverhältnis zwischen Kulturfortschritt und Kulturverfall, zwischen einer sozialistischen Kultur und der „Kultur" eines parasitären, staatsmonopolistischen Systems geben? Die „einheitliche" deutsche Kultur ist also eine Mär und die Flagge der „Gesamtdeutschen" eine Kapitulation vor dem Klassenkampf!

Das ist das Einmaleins unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Darauf aufbauend, meinen Fleiß und meine ganze Kraft für die Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates einzusetzen, – darin sehe ich meine höchste Ehre und Verpflichtung als FDJ-Student und Genosse unserer Partei.

Roland Müller, FDJ-Sekretär
Ästhetik und Kulturtheorie

zitate

Synonyme der Westjournaille für „Student"

„Der Spiegel", 16. 1. 1967:

Manch einer geriete in Verlegenheit, wenn man ihn bäte, Synonyme für den Begriff demonstrierende Studenten zu nennen. Demonstrierende Hochschüler würde er sagen, vielleicht noch demonstrierende Akademiker, aber dann wäre er mit seiner Weisheit am Ende. Nicht so allerdings, wenn er in West-Berlin wohnt und dort regelmäßig die Druckerzeugnisse seiner Stadt liest. Dank dieser Lektüre vermag er ganze Wortreihen zu dem Begriff Studenten aufzuzählen.

„Störenfriede", „Wirrköpfe", „Radaubrüder", „Krawall-Studenten", „Skandal-Studenten", „Radikal-Studenten", „Randalierer", „Studenten-Randalierer", „Gemeingefährliche Radikale", „Junge Radikalisten", „Radikalinskie", „Disziplinlose Radikale", „Herrschaften mit Linksdrall", „Schreihälse", „Jungradikale Universitätsfunktionäre", „Neurotische Besserwisser", „Akademische Kampftruppen", „Halbstarke", „Rowdys", „Politische Rowdys", „Knalltütenkorps", „Narren", „Pseudo-Studenten", „Wölfe".

Dieser imponierende Sprachreichtum der hauptstädtischen Presse hat einen gemeinsamen Ursprung. Berlins Studenten ... demonstrieren gegen den Vietnamkrieg...

Die Fronten werden klar

Und da den Demonstranten – um am nebenstehenden „Spiegel"-Zitat anzuschließen – bisher nicht beizukommen war, nicht einmal mit kompletten Rufmord-Kampagnen der Westberliner Presse erst gegen einzelne, dann gegen Organisationen der Studenten, inzwischen schon fast gegen Studentenschaft und Universität insgesamt, so blieb nur der Knüppel. „Polizeihiebe auf Krawallköpfe, um den möglicherweise doch vorhandenen Grips lockerzu machen", forderte Springers Gossenzeitung „Bild" zynisch.

Was den Herren so zu schaffen macht, sprach Matthias Walden in der „Welt" aus: Die Studenten sind „fast alle antiantikommunistisch". Daß ihm das als Motiv für sämtliche Angriffe gegen die Studenten ausreicht – er kommentiert den Satz nicht einmal, sondern nimmt ihn als unbestreitbaren Beweis ihrer „Verworfenheit" – zeigt, wie weit man in Bonn und Westberlin bereits mit der Formierung der Gesellschaft ist.

Oder besser: sein will! Denn gerade in Westberlin erlitt Herr Walden Schiffbruch. Sein gehässiges Auftreten, bei dem er übrigens die nebenstehende Synonym-Liste noch erweiterte – „immatrikulierter, mobilisierter Mob", „akademische Variante des Gammlertums" – bewirkte das glatte Gegenteil von dem, was er erhoffte: Bei allen noch nicht geklärten Streitfragen zwischen Studentenschaft und Akademischem Senat sind offenbar beider Mehrheiten bereit, sie auf sachlichem Wege zu regeln; stehen auf einmal der Akademische Senat und die Studenten vom SDS bis zum RCDS gemeinsam auf der einen Seite der Front gegen die scharfmachende Journaille Westberlins, gegen die scharfgemachte Polizei – und gegen den Frontstadt-Senat und seinen „Regierenden", die zwar die Schlägereien der Polizei seit Anfang 1966 schon angeordnet hatten, persönlich jedoch bisher im Hintergrunde blieben, nun aber die Stimmung noch anheizen helfen.

Albertz verbot dem AStA-Vorsitzenden der FU faktisch den Mund, als der sich über die Schläger in Polizeiuniform beschwerte: Er habe ihn nicht empfangen, um studentische Forderungen entgegenzunehmen, sondern um ihm die Meinung des Regierenden Bürgermeisters mitzuteilen.

Es bedarf wahrlich nicht des Hinweises der „Frankfurter Rundschau", Albertz habe „nach der Art eines barocken Potentaten" reagiert, um zu bestätigen, daß Westdeutschland und ein seine Politik nachäffendes Westberlin im finsteren gesellschaftlichen Mittelalter verharren.

rom

kommentare

Anbiederung als Programm

Westdeutsche Zeitungen servieren es als Treppenwitz sozialdemokratischer Politik: Derselbe Bundestagsabgeordnete Jahn, der vor Jahren als sozialistischer Student Strafantrag gegen einen Korpsstudenten wegen Körperverletzung auf dem Paukboden gestellt hatte, derselbe überbrachte 1967 auf einer Tagung der Korporierten die Grüße des SP-Präsidiums. Ein paar Tage später hob der Parteivorstand den 1934 geborenen Unvereinbarkeitsbeschluß auf, nach dem die Mitgliedschaft in der SPD die Mitgliedschaft in schlagenden Verbindungen verbot. Angeblich eine Anpassung an die Realität, der Beschluß sei nicht mehr konsequent durchführbar gewesen.

Sicher haben auch ein paar sozialdemokratische Studenten heimlich Mensuren geschlagen – viele waren es keinesfalls.

Die Aufhebung des Beschlusses hat also nicht so sehr praktischen wie programmatischen Inhalt: Die Politik der Partei hat sich so gewandelt – und soll es auch weiter tun –, daß sie im Gegensatz zu 1934 durchaus vereinbar ist mit der Politik der Korporationen, mit ihrem Revanchismus, der viele Verbindungen Städtenamen aus unserer Republik tragen läßt, ihre Tagungen immer „gesamtdeutsche" beschickt und maßgeblich an den Umtrieben in der „deutschen Provinz" Alto Adige beteiligt. Warum auch sollte man Aktiven die Anerkennung vorenthalten, die man ihren [illegible]ten Herren" längst zugesprochen? Mit ihnen macht man „große Koalition" – und gleiche Politik.

Wir halten es für bemerkenswert, daß diese Politik der SP-Führung auf entschiedene Opposition selbst [illegible] sonst unentschlossenen Kreise des Sozialdemokratischen Hochschulbundes stößt. [illegible] einer außerordentlichen Delegiertenversammlung des SHB in Duisburg kam es zum offenen Bruch. 1959 hatte die Sozialdemokratische Partei des Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) gespalten, den SHB gefördert und den SDS verstoßen. Heute erweist sich auch dieses Experiment als gescheitert. Die Einstellung zahlreicher SHB-Schicher, was die Gründe dafür anlangt, trifft durchaus zu: Sozialdemokratische Partei öffne sich einseitig nach rechts und verschließe sich nach links. Sie werte rechtskonservative, autoritäre, antinationale, [illegible] nationalistische Organisationen auf und negiere die progressive außerparlamentarische Opposition. Sie begebe sich nur deshalb in Gegenwind, weil sich und ihrer Geschichte ins Gesicht spucken zu können.

glossen

KABALE UND LIEBE (zur Musik)

Handlung in vier Proben und hoffentlich einem Nachspiel, aufgezeichnet von Dr. Horst Förster

Ort der Handlung: Herder-Institut
Personen: Ein schlafender Hausmeister, ein brummiger Pförtner, vierzig frierende Mitglieder des Akademischen Orchesters

1. Probe: Montag, den 9. Januar, 20.30 Uhr

Die Heizung in der Aula des Herder-Institutes ist abgestellt. Frierende Orchestermitglieder suchen ihren beschlagenen Instrumenten Töne zu entlocken, d. h. man acht Tage später in einem Konzert Hörern anbieten kann.

Zwischenakt: Die Verwaltungsleiterin des Akademischen Orchesters erhält am Mittwoch, dem 11. Januar, in einem Telefongespräch mit dem Herder-Institut die Zusicherung, daß künftig die Aula zu den Orchesterproben geheizt wird.

2. Probe: Donnerstag, den 12. Januar
Die Aula ist geheizt.

3. Probe: Sonnabend, den 14. Januar

Als die Orchestermitglieder um 15 Uhr die Aula betreten, ist die Heizung der Aula wiederum abgestellt. Der Pförtner im Internat des Institutes weiß von nichts, kann auch nicht sagen, wo man die Heizung anstellen könne, verlangt aber, daß der Hauptwasserhahn unbedingt abzustellen sei! Ein Verantwortlicher des Institutes ist angeblich nicht zu erreichen. Die Orchestermitglieder führen frierend ihre Probe durch (siehe oben). In den Gesprächen taucht immer häufiger das Wort „Lungenentzündung" auf.

4. Probe: Sonntag, den 15. Januar

Die Heizung bleibt abgestellt. In der Aula des Herder-Institutes ist es noch kälter geworden. Einzelne Orchestermitglieder versuchen, in Handschuhen zu spielen. Der Pförtner im Internat weiß von nichts und kann keinen Verantwortlichen erreichen. Nach langer Diskussion gibt er den Weg zur Hausmeisterwohnung frei. 9.30 Uhr liegt der Hausmeister noch im Bett und läßt durch seine kleine Tochter erklären, für die Heizung sei er nicht zuständig. Weder von ihm noch von dem Pförtner läßt sich erfahren, wer zuständig ist. Die Orchestermitglieder frieren weiter und bereiten sich zähneklappernd auf das 3. Akademische Konzert am 17. Januar vor . . .

An dieser Stelle wird der Autor inkonsequent, weicht von dem sich andeutenden Aufbau einer klassischen Tragödie ab, und zieht ein aus der bisherigen Handlung in keiner Weise motiviertes Happyend vor – das Konzert wurde ein Erfolg. Besonders gefährlich scheint dem Rezensenten dabei die Möglichkeit, daß sich Verwaltungsleitung und Hausmeister des Herder-Instituts das als ihren Erfolg anrechnen.

anfragen

Betr. Schwarzfahrten usw.

Genosse Benicke, Heimleiter in der Marschnerstraße, stellt in einem Brief an die UZ an drei Studenten Fragen, die wir hier öffentlich an FDJ-Gruppen dieser Studenten weitervermitteln:

1. Was denkt sich die Studentin Ilka Riedl (Lehrer Russisch/Englisch), wenn sie am 21. Januar trotz mehrfacher Hinweise und Appelle [...] 10 Mark Unterkunftgebühren für Dezember 1966 immer noch nicht [...] zahlt hat?

Wir glauben, Genosse Benicke hat recht, wenn er auf die großzügigen Mietpreise in den Studenteninternaten der DDR verweist. In Westdeutschland ist jeder Student überaus froh, wenn er zu dem Bruchteil Zimmersuchender gehört, die einen Internatsplatz für 75 bis 85 DM finden.

2. Was für eine Stellung beziehen Joachim Brinkmann (Mathematik/Physik) und Barbara Schulze (Staatsbürgerkunde/Deutsch) zu ihrem Betrugsversuch gegenüber den LVB? Beide fuhren schwarz Straßenbahn und belogen außerdem die Kontrolleure, indem sie als Adresse das Wohnheim Marschnerstraße angaben, in dem sie längst nicht mehr wohnen (Brinkmann seit April 1965 nicht mehr).

Noch einmal: Selbstverständlich sollen die Genannten auch selbst Rede und Antwort stehen; vor allem aber erwarten wir den Bericht der FDJ-Gruppen über ihre Auseinandersetzungen mit diesen Studenten.

SLUB
Wir führen Wissen.